

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementpreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
prænumerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend. Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingelad.“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 13.

Donnerstag, den 1. Februar 1883.

8. Jahrg.

Bekanntmachung.

Der I. diesjährige Grundsteuer-Termin ist am 1. Februar fällig und zu Vermeidung executivischer Vertreibung längstens
am 15. desselben Monats
an die Stadtsteuer-Einnahme alhier (welche außer Mittwochs täglich Vormittags von 9—12, Nachmittags von 2—5 Uhr geöffnet ist) abzuführen.
Zwönitz, am 30. Januar 1883.
Der Bürgermeister.
Adam.

Politische Rundschau.

Deutschland. Die Reichstagsverhandlungen tragen gegenwärtig einen ziemlich monotonen Character — abgesehen von einzelnen Zwischenfällen — zur Schau, was allerdings die Berathung eines so trockenen Themas, wie es der Etat ist, mit sich bringt. Aus der Sitzung des Reichstages vom Sonnabend ist die abermalige Ablehnung der zur Errichtung einer Unterofficiers-Schule in Neu-Breisach (Elßaß) geforderten Position hervorzuheben; es ist dieser Beschluß namentlich deshalb zu bedauern, weil Neu-Breisach durch die Errichtung der genannten Anstalt wieder emporblühen und somit das deutsche Reich auch dort neue Freunde gewinnen würde. Bei der am Montag erfolgten Specialberathung des außerordentlichen Militäretats entspann sich eine lange und lebhafte Debatte über die Forderung von 930,000 M. zur Erweiterung des Tegeler Schießplatzes bei Berlin. Besonders entschieden trat dieser Forderung der Oberbürgermeister von Berlin, Abg. v. Jordanbeck, entgegen, welcher die betreffenden Terrains als unentbehrlich für die durchaus notwendige Erweiterung der städtischen Wasserwerke reclamirte, da sonst die Gefahr vorliege, Berlin im Sommer nicht mit Wasser versorgen zu können. Die Debatte, an welcher sich außer den Vertretern der Regierung eine ganze Reihe von Abgeordneten beteiligten, endete mit der Ablehnung der erwähnten Forderung. Unter den abgelehnten Positionen befanden sich u. A. auch die für Kasernenbauten in Habersleben und Wandsbeck geforderten Summen, genehmigt wurde dagegen der Bau der Trainkaserne in Tempelhof. Schließlich wurde noch der Rest des Extraordinariums des Militäretats ohne erhebliche Debatte genehmigt: am Dienstag setzte das Haus die Specialberathung des Stats fort. — Nach der zwischen den Präsidenten des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses getroffenen Vereinbarung wird letzteres seine Sitzungen am 6. Februar wieder aufnehmen, während sich der Reichstag von dem genannten Zeitpunkt ab bis nach den Osterferien vertagt.

Die Veröffentlichung des kaiserlichen Schreibens an den Papst vom 22. December v. J. frisch die etwas verbläbte kirchenpolitische Frage wieder auf. Das Schreiben des Kaisers verbindet die friedliebendste Gesinnung mit dem ruhigen Festhalten an den vom Standpunkte Preußens unerlässlichen Bedingungen und Voraussetzungen für die Beendigung des Kirchenstreites; für die geforderte Erfüllung der Anzeigepflicht ist die in dem Schreiben ebenfalls in Aussicht gestellte Revision der Maigesetze wohl eine entsprechende Gegenleistung Preußens. In den officiösen Kreisen des Vaticanus hat der Brief des Kaisers, wie man der günstigen Kritik des „Moniteur de Rome“, eines der päpstlichen Organe, hierüber entnehmen kann, hohe Befriedigung hervorgerufen. Hiermit ist indessen noch nicht gesagt, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und der Curie nunmehr bald ein günstigeres Resultat ergeben müßten, besonders ist es auffällig, daß noch immer keine Antwort des Papstes in Berlin eingetroffen ist, wenigstens weiß man hiervon bis jetzt nicht, so daß sich also auch noch nichts sagen läßt, ob der jüngste Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst eine Verständigung zwischen Staat und Kirche anbahnen wird.

Oesterreich-Ungarn. Der interessante und wichtige Gast, den die österreichische Hauptstadt in der letzten Woche beherbergte, Herr von Giers, hat Wien am Sonntag wieder verlassen, um sich nach mehrwöchentlicher Abwesenheit nach Petersburg zurückzugeben. Der leitende Staatsmann Rußlands hat sicherlich die angenehmsten Eindrücke von seinem Aufenthalte in der Kaiserstadt an der Donau nach seiner nordischen Heimath mit hinweggenommen, denn in den leitenden Kreisen Wiens wie auch bei Hofe ist Herr von Giers mit einer Auszeichnung behandelt worden, wie sie selbst dem Fürsten Bismarck bei seiner letzten Anwesenheit in Wien nicht zu Theil geworden ist. Die fast demonstrative Freundlichkeit des sonst so zurückhaltenden

Wiener Hofes gegenüber dem russischen Minister beweist, welche Bedeutung man der Mission desselben an der Donau zumißt. Ueber den Inhalt derselben kann man sich auch heute nur in Vermuthungen ergeben und sind denn auch die „Enthüllungen“ der „N. Fr. Pr.“ über die zwischen dem Grafen Kalnoky und Herrn von Giers stattgefundenen Unterredungen einstweilen mit großer Vorsicht aufzunehmen. — Die Antisemiten-Debatte im ungarischen Abgeordnetenhause hat am Sonnabend mit Ablehnung sämtlicher von antisemitischer Seite gegen die Juden-Emancipation gestellten Anträge und Petitionen geendigt.

Frankreich. Die Ministercrisis in Frankreich hat durch den Austritt der Minister Duclerc, Billot und Jauréguiberry aus dem Cabinet ihr vorläufiges Ende erreicht. Wir sagen vorläufig, denn es vermag kein Mensch zu sagen, wie sich die Dinge in Frankreich noch gestalten werden. Fallières, der bisherige Minister des Innern, hat das Ministerpräsidium und interimistisch auch das Portefeuille des Auswärtigen übernommen, ebenso sind die übrigen Minister auf ihre Posten verblieben. Alles hängt von der Berathung ab, welche am Montag in der Deputirtenkammer über die Vorlage betreffend die Maßregeln gegen die Thronprätendenten begonnen hat. In derselben sprach Fabre (gemäßigter Republikaner) für seinen Antrag, die Ausweisung der Thronprätendenten im Allgemeinen dem Ermessen der Regierung anheimzustellen, während Floquet (fortsch. Rep.) für seinen Antrag, die sämtlichen Mitglieder der früheren Herrscherfamilien Frankreichs auszuweisen, plaidirte. Die Berathung über diesen Gegenstand wurde am Dienstag fortgesetzt und ist es noch ungewiß, welches Resultat die Debatte ergeben hat.

Italien. Der Haß der Irredentisten gegen Oesterreich macht sich immer wieder in neuen verbrecherischen Anschlägen Luft. Erst jüngst sind im Hofe des österreichischen Consulats in Bologna Spreng-Petarden aufgefunden worden, über deren Bestimmung nicht der geringste Zweifel walten kann. Anlässlich dieses Vorfalles sind in Bologna bereits zahlreiche Verhaftungen erfolgt, auch unter den Studirenden der dortigen Universität. Die altberühmte Bologneser Hochschule scheint in neuester Zeit überhaupt stark in Politik „zu machen“, denn die Mehrzahl der Professoren soll der radicalen Partei angehören und infolge dessen macht sich natürlich auch in der Studentenschaft eine stark irredentistische Strömung bemerkbar. Infolge dieser Verhaftungen macht sich in Bologna eine sehr gereizte Stimmung geltend und dem Präfecten sind schon verschiedene Drohbrieve zugegangen, so daß er sich zur persönlichen Berichterstattung schleunigst nach Rom begeben hat.

Rußland. Ueber die Verständigung Rußlands mit dem Vatican und das Verhältniß der Curie zu Polen sind in der letzten Zeit verschiedene Gerüchte verbreitet worden, die jetzt durch ein Communiqué des vaticanischen „Moniteur de Rome“ richtig gestellt werden. Diesem Blatt zufolge ist bezüglich des Gebrauches der russischen Sprache in den polnischen Kirchen noch nichts vereinbart. Der Papst werde die vacanten bischöflichen Sitze in Polen, insbesondere Warschau, Sandomir, Lublin, Plock, Wilna, Schitomir, besetzen. Den Seminarien der Diöcesen solle möglichst Freiheit zurückgegeben und die strengen Maßregeln sollen nach und nach gemildert werden. Das Blatt erwähnt nicht, ob sich Rußland beim päpstlichen Stuhl vertreten lassen will.

Türkei. Ueber den blutigen Zusammenstoß, der vor einiger Zeit zwischen der albanesischen und der arabischen Leibgarde des Sultans stattfand, liegen noch immer keine völlig aufklärenden Mittheilungen vor. Daß der Kampf aber ein sehr erbitterter gewesen sein muß, geht aus den vielen schweren Verwundungen — ganz abgesehen von den zwölf oder noch mehr Todten, welche diese Affaire gekostet hat — auf beiden Seiten hervor. Die Disciplin der Leibgarde-Bataillone, auf deren Mannschaften Abdul Hamid so große